



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 27.10.2016

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie  
am Mittwoch, 2. November 2016, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 07.09.2016
2. Biberbau - Lernen durch Tun!  
- Vorstellung des Projektes -
3. Erweiterung des Zwerg-Nase-Hauses

#### 4. 16-F-05-0013

In Würde sterben - palliative Versorgung in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 12.10.2016 -

Unheilbar kranken Menschen unnötiges Leid ersparen und ihnen sowie ihren Angehörigen ein würdevolles Abschiednehmen ermöglichen - darum geht es bei der palliativen Versorgung. Durch spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) können unheilbar erkrankte Patienten in Deutschland leidensmindernde Behandlungen durch multiprofessionelle Versorgungsteams erhalten und bis zu ihrem Tod zu Hause versorgt werden. In diesem Kontext steht auch die Verbesserung der allgemeinen palliativen Versorgung durch ambulante Pflegedienste und in stationären Pflegeheimen nach dem Hospiz- und Palliativgesetz.

Nach aktueller obergerichtlicher Rechtsprechung dürfen Verträge mit Palliativ-Care-Teams über die Erbringung von Spezialisierter-Ambulanter-Palliativer-Versorgung (SAPV) nicht mehr frei vereinbart werden, sondern unterliegen vergaberechtlichen Vorgaben. Dies führte in einigen Bundesländern bereits dazu, dass über diese sehr wichtige Leistung derzeit keine Versorgungsverträge mehr abgeschlossen werden.

Der Magistrat möge berichten:

1. wie ist die Versorgungslage mit SAPV in Wiesbaden?
2. wie ist der Sachstand der Pflegeheime in Wiesbaden hinsichtlich:
  - a. des Abschlusses von Kooperationsverträgen oder die Einbindung der Einrichtungen in Ärztenetze?
  - b. des Abschlusses von Vereinbarungen mit Apotheken?
  - c. der Zusammenarbeit mit einem Hospiz- und Palliativnetz?

gemäß § 114 Abs. 1 Satz 6 Nr. 1 bis 3 SGB XI

#### 5. 16-F-02-0022

Einzelfallbetreuung

- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 13.10.2016 -

Es ist hinreichend bekannt, dass in Wiesbaden Kinder, Jugendliche und Familien leben, bei denen durch frühzeitige Intervention in Form von Einzelfallbetreuung die realistische Chance besteht, positive Einflüsse in die persönliche Entwicklung, Erziehung, Schule/Ausbildung sowohl die gesamte Familienstruktur zu nehmen.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird um Mitteilung gebeten,

- a. wieviel Personal für die Mobile Jugendarbeit und die aufsuchende Sozialarbeit zur Verfügung steht.
- b. Des Weiteren wird um eine Aufstellung ersucht, wie oft eine Einzelfallbetreuung sowohl durch die Mobile Jugendarbeit als auch die aufsuchende Sozialarbeit - aufgegliedert auf die Stadtteile - in 2015 stattgefunden haben.

## 6. 16-F-02-0024

Kinderarmut

- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 18.10.2016 -

Verschiedene Studien kommen bei der Erfassung von Kinderarmut immer wieder zu unterschiedlichen Fallzahlen. In der einen Studie wird die Kinderarmut höher, in der Anderen niedriger beziffert. Aktuell werden die steigenden Zahlen unter anderem auf den Zuzug von Migranten/Asylbewerbern zurückgeführt. So auch in einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 16. September 2016 „Verteilungskampf mit Kindern“. Für die Diskussion des Themas sowie die Anwendung geeigneter Maßnahmen ist es wichtig, für Wiesbaden belastbare Zahlen zu haben.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird um Mitteilung gebeten,

1. Ab wann gilt ein Kind in Wiesbaden als arm? Woran orientiert sich diese Einstufung?
2. Wie viele Kinder gelten in Wiesbaden nach der unter Punkt 1 angeführten Definition als arm?
3. Wie viele davon sind Deutsche, EU-Bürger, Flüchtlinge bzw. Asylbewerber oder einer anderen Herkunft?

## 7. 16-F-03-0105

Sachstand - Ausschreibung der Kurse zur Sprachförderung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2016 -

Mit Vorlage 16-V-33-0002 wurde ein Sonderprogramm für Angebote zur Sprachqualifizierung eingeleitet. Die Finanzmittel in Höhe von 500.000 Euro werden teilweise durch die Mittel aus dem Landesaufnahmegesetz gedeckt. Im Sozialausschuss vom 11. Mai 2016 wurde berichtet, dass eine Ausschreibung erfolgen würde, die Vergabe im Juli voraussichtlich abgeschlossen und der Beginn der Kurse nach der Sommerpause vorgesehen sei.

Der Ausschuss möge deswegen beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. Welche Maßnahmen (Zielgruppe, Alter, Vorbildung, Niveau) ausgeschrieben wurden und welche Anbieter den Zuschlag bekommen haben?
2. Wie sind die Anbieter hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit und Qualität ihres Angebotes geprüft worden?
3. Sind die Lehrkräfte sozialversicherungspflichtig abgesichert? Werden sie nach Tarif entlohnt? Wenn ja, nach welchem?
4. Wie viele Plätze werden über dieses Programm finanziert und ist damit der Bedarf gedeckt?
5. Wann werden die Kurse beginnen?
6. Wie wird der weitere Bedarf eingeschätzt und wo gibt es absehbar Defizite?

## 8. 16-F-03-0107

Ausbau der Kinderbetreuung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2016 -

Mit einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom Oktober 2016 kam neue Dynamik in die Ausbaupflichtungen der Kommunen zur Erreichung der verpflichtenden Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen. Laut der Entscheidung des Gerichts, kann sich eine Kommune nicht darauf berufen, dass sie eine verzögerte Errichtung von zusätzlichen Betreuungsplätzen nicht zu vertreten habe.

Derzeit verfehlt auch Wiesbaden, trotz großer Anstrengungen in der Vergangenheit, die gesteckten Ausbauziele bei der Versorgung mit den U3 Plätzen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

Wie will der Magistrat den notwendigen finanziellen Mehrbedarf zur Erreichung des Ausbauziels 48% in der U3-Betreuung decken?

## 9. 16-F-03-0108

Sozialbudget in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2016 -

Das Land Hessen hat seit 2015 die sog. kommunalisierten Mittel (Sozialbudget) für Wiesbaden deutlich erhöht. Damit soll die Förderung der Frauenhäuser, die Einrichtung neuer Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch und die Stärkung von Schuldnerberatungen, die Menschen helfen, in ein schuldenfreies und selbstbestimmtes Leben zurückzukehren, erreicht werden. Die zusätzlichen Mittel für 2015 und 2016 sind der Stadt Wiesbaden zur Verfügung gestellt worden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. In welcher Höhe wurden die zusätzlichen kommunalisierten Mittel den Trägern zugesichert? In welcher Höhe wurden die Mittel bereits verausgabt?
2. Für welche Maßnahmen und für welchen Träger wurden die Mittel genau verwandt?
3. Welche Zielvereinbarungen wurden seitens der Stadt Wiesbaden und dem Land Hessen bezüglich der Verwendung der zusätzlichen Mittel getroffen?

## 10. 16-F-08-0037

Städtische Planungen "Wiesbaden 2030+"

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 26.10.2016 -

Kürzlich wurden die Planungen zur Zukunft Wiesbadens "Wiesbaden 2030+" durch weitere Workshops fortgesetzt, so mit einem mehrstündigen Workshop mit den Ortsbeiratsvorsitzenden und einem Workshop mit Beteiligung von zuständigen fachpolitischen Vertretungen der Stadtverordnetenfraktionen. Dabei fiel auf, dass in den seitens der Verwaltung präsentierten "Inputs" Bereiche wie Verkehrsentwicklung, Arbeitsmarkt und Umwelt bereits recht differenziert eingebracht wurden, die Entwicklungsplanung im Sozial- und Gesundheitsbereich aber nur sehr am Rande.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge im Planungsprozess "Wiesbaden 2030+" die Bereiche Soziales und Gesundheit stärker als bisher geschehen einbeziehen.

Über die Einbeziehung der Bereiche Soziales und Gesundheit bei diesen Planungen soll regelmäßig im Ausschuss berichtet werden, z. B. nach Workshops oder anderen "Meilensteinen" des Planungsprozesses.

## 11. 16-F-01-0015

Aktuelle Zahlen Unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (umA)

- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.10.2016 -

Vor gut einem Jahr trat die erste Novellierung des Asylgesetzes in Kraft. Ein Teil des sogenannten Asylpakets I beinhaltet die Umverteilung der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer innerhalb der Bundesrepublik.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie sich in den letzten beiden Jahren die Zahlen der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer in Wiesbaden entwickelt haben,
2. welche Auswirkungen die Gesetzesnovellierung auf die Unterbringung der umA in Wiesbaden hatte,
3. wie die Umverteilung organisiert wurde, und
4. wie der Magistrat die Auswirkungen der Umverteilung einschätzt.

## 12. 16-F-01-0016

Mittel für Sprachkurse

- Antrag der SPD-Fraktion vom 201.10.2016 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss Nr. 0526 den Antrag mit der Nr. 15-F-33-0097 „Zuschussbedarf Volkshochschule/Angebote zur Sprachqualifizierung für Flüchtlinge“ beschlossen. Hierzu wurden 500.000 Euro in den Jahren 2016/2017 zur Verfügung gestellt, um weitere Kapazitäten für Sprachkurse für Flüchtlinge zu schaffen. Mit der Sitzungsvorlage 16-V-33-0002 wurde das Geld für die Integrationsförderung und Staatsangehörigkeit für den Abschluss von Leistungsvereinbarungen zur sprachlichen Qualifizierung von Flüchtlingen für das Haushaltsjahr 2016 zugesetzt und freigegeben.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wann und mit welchen Ausschreibungsinhalten wurden die Sprachkurse ausgeschrieben?
2. Wie viele Bewerbungen auf Mittel aus dem Programm sind eingegangen, wie viele Projekte konnten berücksichtigt werden und wie hoch sind die bisher abgeflossenen Mittel?
3. Wie viele Sprachkurse konnten bisher mit wie vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den bereitgestellten Mittel finanziert werden?
4. Inwieweit wurden die Punkte Honorarhöhe möglicher Raumbedarf berücksichtigt?

## 13. 16-F-20-0013

Förderung Mitinitiative

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen -

Die Mitinitiative vertritt in Wiesbaden ca. 45 freie Träger der Kinderbetreuung und sorgt somit für eine besondere Angebotsvielfalt in Wiesbaden. Die mangelnde Finanzierung der in der Mitinitiative zusammengeschlossenen freien Träger war bereits ein Thema im Ausschuss. Mit einem erneuten Schreiben vom 12. September wandte sich die Mitinitiative erneut an die Stadt und die Fraktionen, um eine Erhöhung des pauschalen Betriebskostenzuschusses von rund 800.000 € für die von ihr vertretenen Kindertagesstätten zu erhalten. Die Erhöhung sei nötig, um z.B. den Anforderungen des KiFöG gerecht zu werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, bis spätestens zur nächsten Sitzung des Ausschusses darzustellen, ob und in welcher Form die Finanzierung der Angebote der Mitinitiative sichergestellt werden können. Die Darstellung soll in Absprache zwischen Dezernat II und VI erfolgen und gegebenenfalls Steuermehreinnahmen berücksichtigen.

14. 16-F-01-0013

ANLAGE

Kommunaler Sozialindex an Wiesbadener Kindertagesstätten und Schulen  
- *Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 13.09.2016* -  
- *Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.09.2016* -

15. 16-A-58-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

16. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. 15-F-33-0096

DL 46/16-1

Jugendfestival für Wiesbaden  
- *Bericht des Dezernates II vom 17.10.2016* -  
- *Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 01.11.2016* -

2. 15-V-51-0054

DL 55/15-12, 53/15-8, ANLAGE

Sicherung des Fachkräftebedarfs in Wiesbadener Kindertagesstätten. ESF-Projekt  
"Quereinstieg für Männer und Frauen in Kindertagesstätten" - Start 2. Jahrgang

3. 16-V-01-0020

DL 42/16-1

Jahresbericht 2015 des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden

4. 16-V-20-0048

DL 41/16-4

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

5. 16-V-20-0049

DL 41/16-5

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

6. **16-V-20-0059** **DL 44/16-3**  
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
7. **16-V-33-0007** **DL 43/16-1**  
Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden
8. **16-V-37-0002** **DL 42/16-4**  
Änderungssatzung Rettungsdienstgebühr
9. **16-V-50-0013** **DL 44/16-5**  
Geflüchtete in Wiesbaden; Konzept GU.plus
10. **16-V-51-0031** **DL 41/16-8**  
Schlussbericht: "YOUTH WORK - Access For All" 18.04.16 - 25.04.16
11. **16-V-51-0033** **ANLAGE**  
Sozialbericht
12. **16-V-51-0036** **DL 44/16-2 NÖ**  
Durchführungsvertrag zur Neugestaltung Kureck; Übertragung des Grundstücks Schöne Aussicht 17 an die GWW
13. **16-V-51-0037** **DL 46/16-8**  
Umbau der Ev. Kita Delkenheim und Erweiterung um eine Krippengruppe

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.



Seite 9 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie am 2. November 2016

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten  
Vorsitzender